

**Koalitionsvertrag  
für die Universitätsvertretung  
an der Universität Wien  
Exekutivperiode 2017-2019**

zwischen

**Verband sozialistischer Student\_innen (VSStÖ)**

und

**Grüne & Alternative Student\_innen (GRAS)**

und

**Kommunistischer Student\_innenverband – Linke Liste (KSVLiLi)**

unter Verhandlungsbeteiligung von unabhängigen Vertreter\_innen der unabhängigen  
**Basis- und Institutsgruppen an der Uni Wien**

## Präambel

Das Recht eines jeden Menschen auf Bildung ist ein Grundanliegen der ÖH Uni Wien. Die hochschulpolitische Situation an den Universitäten wird immer dramatischer. Sie ist geprägt von Studienplatzbewirtschaftung, Leistungsdenken, Konkurrenzprinzip und der Verwertung von Bildung und Menschen. Studiengebühren und KnockOut-Prüfungen sind Zeichen der zunehmenden Anpassung des Bildungssystems an neoliberale Mechanismen. Drohende Zugangsbeschränkungen verschlimmern die Situation noch mehr, da sie in jeder Form sozial selektiv und abschreckend sind. Sie führen zu keinen Verbesserungen, sondern nur dazu, dass Frauen\*, Migrant\_innen, Menschen mit Behinderung(en) und Arbeiter\_innenkinder der Zugang zur Universität zusätzlich erschwert wird bzw. sie endgültig ausgegrenzt werden.

Aufgrund der zunehmenden Prekarisierung der Studienbedingungen, die sich vor allem in der Kürzung von Sozialleistungen bemerkbar macht, wird der Raum für kritisches Lernen und Lehren eingeschränkt.

Autoritäre Krisenpolitik und Fokussierung auf elitäre Strukturen fördern die Entwicklung der Universität zu einer ausgrenzenden Institution, in der Studierende immer weniger Rechte haben. All das treibt die Entpolitisierung und Entdemokratisierung der Universitäten weiter voran. Von einem freien und offenen Hochschulzugang profitiert die gesamte Gesellschaft. Dennoch fehlt der politische Wille, in Bildung zu investieren und alle Menschen an Bildung teilhaben zu lassen.

Wir fordern das uneingeschränkte Recht auf Bildung; unabhängig von Herkunft, Geschlecht sozialer Klasse und Behinderung! Wir fordern, dass der Staat sich dieses Auftrages annimmt.

Die aktuellen gesellschaftlichen Zustände sind geprägt von Diskriminierungen. Dies betrifft die strukturelle Benachteiligung von Frauen\*Lesben\*Inter\*Nonbinary\*Trans\* (FLINT\*) Personen, People of Color, Migrant\_innen, Personen mit Behinderungen und allen Personen, die nicht dem unerträglichen gesellschaftlichen Normbild entsprechen.

Dies äußert sich u.a. in Sexismus, Homo\*Bi\*Trans\*Inter\*feindlichkeit, Rassismus und weiteren baulichen, strukturellen und sozialen Barrieren, sowie der grundsätzlichen Marginalisierung von gesellschaftlich Benachteiligten.

Universitäten sind Teil der Gesellschaft und spiegeln daher deren Unterdrückungsmechanismen wider. Auch die ÖH Uni Wien ist kein von der Gesellschaft abgeschotteter Raum. Wir sind uns bewusst, dass wir diese Mechanismen reproduzieren, und versuchen deshalb uns diesen Herrschaftssystemen durch Sensibilisierung/Workshops etc. entgegenzustellen.

Die ÖH Uni Wien bekennt sich ausdrücklich und uneingeschränkt zum allgemeinpolitischen Mandat. Dies heißt, dass sie sich nicht nur auf eine Kritik der Hochschulpolitik und Symptombekämpfung beschränkt, sondern bestrebt ist, grundlegende Veränderungen der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen.

### **Daher setzt sich die Exekutive der ÖH Uni Wien folgende Grundsätze:**

Die ÖH Uni Wien bekennt sich zu einer basisdemokratischen Arbeitsweise, in der Entscheidungen konsensual getroffen werden. Wir versuchen so Hierarchien zu reflektieren, sichtbar zu machen und möglichst abzubauen.

Feminismus bedeutet für uns nicht einfach nur Chancengleichheit, sondern bestehende Geschlechterverhältnisse radikal zu hinterfragen. Der Legitimierung dieser Verhältnisse durch Naturalisierung und soziale Konstruktion gilt es entgegenzutreten. LGBTQIA+ Personen sind gegen reaktionäre Angriffe und beim Ausbau sozialer Rechte zu unterstützen. Es muss die Verbindung zwischen kontinuierlichen patriarchalen Unterdrückungsmechanismen und den ökonomischen Verhältnissen aufgezeigt und durchbrochen werden.

Solidarität bedeutet sich politisch dort zu positionieren, wo gesellschaftlich benachteiligt wird. Deshalb ist es wichtig, solidarisch zu handeln, sich zu vernetzen sowie Positionen und Menschen zu stärken, die sich für tatsächliche Gleichberechtigung, gegen Ellenbogenmentalität und den steigenden Leistungsdruck der kapitalistischen Gesellschaft starkmachen. Dazu zählt für uns auch, dass bestehende Zugangsbeschränkungen an Universitäten abgebaut werden müssen.

Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass wir uns unmissverständlich und bedingungslos für ein klares Auftreten gegen diese Verhältnisse einsetzen. Dies soll mit allen Mitteln auf allen Ebenen angestrebt werden. Insbesondere soll nicht - wie oft von der Regierung - nur Symptombekämpfung betrieben werden, sondern alles daran gesetzt werden Verschlechterungen schon im Voraus zu bekämpfen.

Es ist Aufgabe der ÖH, Sensibilisierung für rassistische Diskurse und Mechanismen zu fördern und Gegenstrategien zu institutionellem Rassismus zu entwerfen. Gegen neue und alte Formen des Rassismus, die Errichtung einer Festung Europa, kulturelrelativistische Argumente und völkisches Denken bestehen wir auf die Gleichheit aller Menschen sowie darauf, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Wir stellen uns entschieden gegen jegliche Formen von Antisemitismus, Antiziganismus und antimuslimischen Rassismus.

Im Zuge der vermeintlichen Pro-Gaza Demonstrationen 2014 kam es in Europa vermehrt zu antisemitischen Ausschreitungen. Es wurde notwendig, dass sich die ÖH Uni Wien hierzu öffentlich positioniert, wozu es leider zu spät zu einer Einigung kam. Das damals ausgearbeitete Statement liegt diesem Vertrag, wie dem der vorherigen Exekutive der ÖH Uni Wien, als Anhang bei, um eine Handhabe für ähnlich strukturierte Ereignisse zu bieten. Mit Bezug auf diesen Anhang wurden in der vergangenen Exekutive z.B. Aussendungen gegen antisemitische Veranstaltungen des österreichischen Ablegers des iranischen Regimes, sowie der Israel Boykott Bewegung BDS getätigt (siehe Anhang).

Die ÖH Uni Wien vertritt eine ökologisch-nachhaltige Politik, die vor allem die Produktionsverhältnisse thematisiert und sich nicht auf verkürzte Konsumkritik beschränkt. Gesellschaftlich Benachteiligte werden von einer Politik, die sich nicht um Ökologie kümmert, härter getroffen als andere. Daher treten wir für eine lebenswerte Umwelt für alle ein und fokussieren uns auf die soziale Komponente ökologischer Politik. Versuche den Kapitalismus nachhaltiger zu gestalten, sind kein Ausweg aus der ökologischen und sozialen Krise. Wir setzen uns für ökologisch-nachhaltige Arbeitsweisen an der Universität ein und hinterfragen im Zuge dessen auch unser eigenes Agieren in diesen Strukturen.

Antifaschismus ist für uns kein Selbstzweck, sondern gesellschaftliche Notwendigkeit, insbesondere was den Aufstieg reaktionärer Kräfte und die sich immer deutlicher abzeichnende Faschisierung der Gesellschaft betrifft. Dabei gilt es sowohl den Kontinuitäten des Rechtsextremismus, als auch neuen Phänomenen der autoritären Krisenlösung entgegenzutreten. Dabei ist wichtig, den Zusammenhang von Erinnerungspolitik und nationaler Geschichtsschreibung zu thematisieren. Das bedeutet den Opfermythos anzugreifen, bürgerlichen Antifaschismus zu hinterfragen und Antisemitismus sowie Antikommunismus als einendes Moment reaktionärer Kräfte zu begreifen.

Der Nationalismus als Ideologie dient der Legitimation bürgerlicher Staatlichkeit. Als solcher errichtet er eine vermeintliche Differenz zwischen Menschen, die sowohl dem sozialen Ausschluss - das zeigt sich in der österreichischen Minderheitenpolitik und Integrationsdiskursen - als auch der Absicherung der Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Standortes dient. Der österreichische Nationalismus konstituiert sich als korporatistisches System.

Die Stellung der ÖH als Körperschaft öffentlichen Rechts ist im Zusammenhang mit der sozialpartner\_innenschaftlichen Ausprägung des Kapitalismus in Österreich zu hinterfragen. Der Leitkulturbegriff ist ebenso abzulehnen, wie nationalistische Argumentation in Hochschul- und Gesellschaftspolitik. Die ÖH Uni Wien wird jeglicher Regierung mit Beteiligung der FPÖ entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

Unser Ziel einer offenen und emanzipatorischen Gesellschaft drückt sich auch dadurch aus, dass eine solche unweigerlich frei von Einwirkungen durch religiöse Ideologien und klerikale Strukturen sein muss. Nicht nur das Konkordat, welches längst abgeschafft gehört hätte, spiegelt den enormen Einfluss von reaktionären Gruppen wider, der im krassen Gegensatz zu unseren Grundsätzen steht. Die Bedeutung von Kirchen im Staat muss kritisiert und ihre gesellschaftspolitische Autorität vermindert werden.

Beispielgebend für diesen Einfluss ist die Fristenregelung bei Schwangerschaftsabbrüchen, welche zwar einen ersten Schritt zur körperlichen Selbstbestimmung darstellt, aber als ungesicherte rechtliche Grauzone ständig von konservativen Kräften in Frage gestellt wird.

Diese Errungenschaften müssen erhalten, verteidigt und ausgebaut werden.

Allgemein ist festzuhalten, dass unser Ziel immer noch und weiterhin eine offene und emanzipatorische Gesellschaft ist.

Antikapitalismus beschreibt die Ablehnung einer Klassengesellschaft, die dem Großteil der Bevölkerung die Mitbestimmung über Produktionsmittel verweigert. Das kapitalistische System hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche, und antikapitalistische Kritik muss daher in jedem Themenbereich berücksichtigt werden. Vor allem muss diese Kritik jedoch im Bildungsbereich mitgedacht werden, da Bildung derzeit den alleinigen Zweck der Reproduktion der bestehenden Klassenverhältnisse unterstützt. Diese Entwicklung muss mit allen Mitteln bekämpft werden.

Es gilt die Ursachen der bestehenden sozialen Verhältnisse aufzuzeigen und die herrschende Produktionsweise, die nicht in erster Linie den menschlichen Bedürfnissen, sondern der Kapitalmaximierung dient, zu überwinden. Arbeitskämpfe sind kritisch zu unterstützen, dabei muss jedoch zugleich die Begrenztheit dieser Mittel im bürgerlichen Staat reflektiert werden. Antikapitalismus beschreibt für uns die Notwendigkeit der Überwindung eines gegen Menschen agierenden Systems.

Klassenverhältnisse spielen in der Gesellschaft und somit auch an der Uni eine Rolle. In der ÖH und auch überall sonst gilt es, diese Verhältnisse aufzuzeigen und deren Unterdrückungsmechanismen und daraus erwachsende Privilegien kritisch zu reflektieren. Ebenfalls ergibt sich aus diesem Grundsatz eine klare Solidarisierung mit bzw. Parteilergreifung für benachteiligte Personen und Gruppen.

Biologisierende, kulturalisierende und hegemoniale Erklärungen für soziale Verhältnisse lehnen wir ab. Mehrfachdiskriminierungen sind in allen Fällen zu berücksichtigen.

Die tägliche Arbeit der ÖH Uni Wien ist eine Arbeit von, für und mit Student\_innen. Dementsprechend wird versucht, möglichst viele Student\_innen an der ÖH-Arbeit teilhaben zu lassen, sei es um wertvolle Erfahrungen zu sammeln oder interessante Projekte umzusetzen. Hierfür ist notwendig, dass die ÖH für Student\_innen leicht zugänglich ist. Dies bedeutet unter anderem, dass Informationen und Arbeitsprozesse der ÖH Uni Wien greifbar sind. Außerdem muss die Zusammenarbeit mit allen Ebenen der ÖH Uni Wien gestärkt werden, beispielsweise durch Einbeziehung von betroffenen Personen und Instanzen in Entscheidungsprozesse. Statt eines paternalistischen Services setzt die ÖH Uni Wien auf solidarische Beratung zur Selbstermächtigung.

Die ÖH Uni Wien betreibt eine Politik, die sich der Emanzipation und dem menschlichen Fortschritt verpflichtet fühlt. Das Ziel dieser Politik ist die Abschaffung jeglicher Unterdrückungsverhältnisse und eine befreite Gesellschaft.

### **FLINT\*Quote**

Die ÖH Uni Wien bekennt sich dazu, strukturelle FLINT\*-Förderung tagtäglich zu leben und strebt eine FLINT\*-Quote von mindestens 50% in allen Referaten an.

## **Projekttöpfe:**

### Allgemeiner Projekttopf

Der Allgemeine Projekttopf soll mit mindestens 100.000 Euro budgetiert werden. 20.000 Euro des Allgemeinen Projekttopfes werden für antirassistische Projekte zweckgewidmet.

### Topf zur Förderung frauen\*spezifischer Projekte

Dieser ist mit 50.000 Euro dotiert.

### Fördertopf für queerfeministische Arbeiten

Der Topf wird in beiden Jahren mit 50.000 Euro dotiert.

Die bestehenden Kriterien sollen evaluiert werden um eine größere Diversität an Themen und Studienrichtungen zu ermöglichen. Der queer-fem Fördertopf soll breit beworben werden.

### Sozialtopf

Es soll ein Sozialtopf für sozial bedürftige Studierende der Uni Wien eingerichtet werden. Dieser soll mit 50.000 Euro dotiert sein. Die Schaffung des Sozialtopfs darf nicht zu Lasten des Allgemeinen Projekttopfes geschehen. Es soll zeitnah an externen Stellen um Förderungen angesucht werden und ein möglichst großer Teil der Finanzierung dadurch abgedeckt werden.

Mit dem Sozialtopf will die Exekutive einen möglichst unbürokratischen Fördertopf erstellen. Sinnvolle Richtlinien für Förderung sind notwendig, da viele Studierende von einer Förderung durch den Sozialtopf der ÖH Bundesvertretung ausgeschlossen sind.

Kriterien werden durch die Exekutive ausgearbeitet.

Es wird ein Gremium eingerichtet, das mit einer bis 2 Person pro Exekutivfraktion und -gruppe besetzt wird und mit der Vergabe betraut ist. Darin sind weder Personen des Sozialreferats noch des Referats für Antirassismus und ausländische Studierende vertreten. Dieses Gremium ist ebenfalls für die Vergabe der Gelder des AntiRa-Sozialtopfes zuständig.

Das Gremium entscheidet im Konsens über die Vergabe der Mittel aus den beiden Sozialtöpfen.

Das Sozialreferat übernimmt die Abwicklung des Sozialtopfs und steht dem Gremium für Rückfragen zur Verfügung.

Wenn der Sozialtopf nicht ausgeschöpft wird, fließt das Geld in den Allgemeinen Projekttopf.

### Antira-Sozialtopf

Der Antira-Sozialtopf wird auf 37.000 erhöht. Die Vergabe der Gelder des "Antira-Sozialtopfes" geschieht durch das Sozialtöpfe-Gremium (siehe "Sozialtopf")

## **Projekte**

### Sozialreport:

Die Exekutive will den Genderreport der letzten Exekutive weiterführen und zusätzlich um eine Sozialerhebung (bezüglich Studienvertreter\_innen) erweitern. Bei der Datenerhebung soll es außerdem zusätzliche Option(en) zu den Kategorien Mann/Frau geben. Die bisherige Arbeitsgruppe soll weiterarbeiten dürfen, auch wenn betreffende Personen nicht mehr auf der UV arbeiten.

### Radservice:

Es wird die Errichtung von Radservice-Stationen angestrebt. Bei der Stadt Wien soll hier für eine Kooperation angefragt werden. Es werden auch Workshops organisiert, bei denen Studierende den Umgang mit den Werkzeugen und Radreparatur lernen können, o.Ä. Insbesondere sollen gemeinsam mit dem Frauen\*Referat FLIT\*Workshops organisiert werden.

### „Vertretungswerkstatt“:

Zu Beginn der Exekutive soll eine Vertretungswerkstatt für 60 Teilnehmer\_innen (z.B. jeweils 2 Vertreterinnen aus 30 StVen, FVn oder der UV) mit 2 Übernachtungen stattfinden, zu der alle Studienvertretungen der Uni Wien eingeladen werden. Diese soll den StVen den Einstieg in die ÖH Arbeit erleichtern, diese näher an die UV bringen und die Vernetzung zwischen den StVen fördern. Die Fahrtkosten müssen von den StVen getragen werden. Zusätzlich sollen auch außerhalb der „VeWe“ Workshops angeboten werden. Es wird sich ein aussagekräftiger Name überlegt um die Verwechslungsgefahr zu minimieren und die Veranstaltung besser zu bewerben.

### Kritische Universität:

Studierende sollen durch unterschiedliche Veranstaltungen die Möglichkeit gegeben werden, die Grundannahmen ihrer wissenschaftlichen Disziplinen zu hinterfragen. Ziel ist u.a., dass sich Studierende in einem von der ÖH Uni Wien gebotenen Rahmen in weiterer Folge selbstständig und kritisch mit jenen Fragestellungen auseinandersetzen und damit einen Gegenpol zum vorherrschenden neoliberalen Wissenschaftsbetrieb schaffen.

### Veranstaltungen zu studienrechtlichen Entwicklungen:

Es sollen bildungspolitische Veranstaltungen, z.B., zur StEOP, Studienrecht, Uni-Betrieb, etc. angeboten werden. Es soll eine gewisse Kontinuität und damit gleichzeitig eine Basis für Protestmaßnahmen entstehen.

### Proteste gegen Regierungsbeteiligung der FPÖ:

Für die kommende Nationalratswahl im Herbst 2017 will die ÖH Uni Wien im Vorfeld gegen eine Regierungsbeteiligung der FPÖ kampagnisieren.

### Barrierefreiheit an den Instituten:

Es soll eine Broschüre in Kooperation mit den StVen erstellt werden, die sich mit der Barrierefreiheit der Uni-Institute auseinandersetzt.

### Feminismuskongress:

Mitte März 2019 soll ein Kongress veranstaltet werden, der sich mit dem Überthema Feminismus beschäftigt. Dabei sollen niederschwellige wie auch vertiefende Workshops, Vorträge und Diskussionen organisiert werden. Bereits im Vorfeld soll es niederschwellige Veranstaltungen zur Einführung geben welche ab Start dieser auf den im März 2019 stattfindenden Kongress hinweisen. Der Titel des Kongresses soll im Zuge der Arbeitsgruppe, welche sich mit der Ausrichtung des Kongresses betraut ist, ausgearbeitet werden.

### Online-Broschüre zu Aufnahmeverfahren:

Es soll eine online abrufbare übersichtliche Broschüre zu den verschiedenen Aufnahmeverfahren der Universität Wien geben, welche jährlich aktualisiert wird. Kooperationen, beispielsweise mit der Maturant\_innenberatung der ÖH Bundesvertretung, sind wünschenswert.

### Liste cooler Dinge:

Ein ÖH Kalender soll entstehen, in dem alle Veranstaltungen der ÖH als auch der StVen, etc. eingetragen und beworben werden (siehe Sichtbarkeit ÖH, Interref). Es soll eine von der ÖH empfohlene Sammlung von Referent\_innen, Trainer\_innen, Veranstaltungsräume, Themen, etc. erstellt werden.

### ÖH-Räumlichkeiten:

Die ÖH Uni Wien versucht explizit mehr Raum für Studierende in Uni-Räumlichkeiten zu schaffen. Es kann sich damit um einen ÖH-Lernraum (Gruppenarbeit,...), Veranstaltungsraum, Arbeitsraum,... entstehen, der in definierten Abständen zu einem FLIT\*Raum wird.

Außerdem soll dafür lobbyiert werden, Lokale am Campus günstiger und variantenreicher zu gestalten.

### Kritische Einführungstage:

Am Anfang jedes Semesters sollen kritische Einführungstage organisiert werden.

In diesen Tagen sollen alle Erstsemestrigen (ebenso offen für ältere Semester) die Möglichkeit haben, sich niederschwellig auf kritisches Denken und Gesellschaftspolitik in der Universität heranzutasten. (Neue) Studierende sollen sich vernetzen und dabei auch ihr kritisches Denken angeregt bzw. ausgebaut werden.

Im Rahmen eines mehrtägigen Programms sollen niederschwellige Vorträge, Diskussionen und Workshops (zu Themen wie kritische Wissenschaft, Feminismus, neoliberale Hochschule, Rechtsextremismus,...) stattfinden. Außerdem soll es eine ständig präsente, niederschwellige ÖH-Anlaufstelle für Beratungen und Fragen, Kaffee und Austausch, im Sommersemester am besten Outdoor, geben.

Die Studienrichtungsververtretungen sollen stark in die Planung eingebunden werden und ebenso den Raum bekommen, eine studienspezifische Einführung abzuhalten.

Dazu könnten auch kritische Stadtpaziergänge, Filmvorführungen und am Ende der Woche eine Campusparty organisiert werden.

Dabei muss mit dem Rektorat und der Inskriptionsstelle Vernetzung stattfinden, um Erstsemestrigen von Anfang an das Angebot näher zu bringen.



#### Kongress Antisemitismus:

Die ÖH Uni Wien organisiert in Kooperation mit der ÖH Bundesvertretung eine Neuauflage des "In times likes these" Kongresses 2016. Er untersucht die verschiedensten Formen und Ausprägungen von Antisemitismus, historisch als auch aktuell. Im Mittelpunkt steht dabei eine breitere Auseinandersetzung mit verschiedenen Formen von Antisemitismus in ganz Europa. Die ÖH Uni Wien setzt sich dafür ein, Antisemitismus an der Uni Wien in verschiedensten Kontexten im Zuge des Kongresses zu behandeln.

#### Erinnerungspolitik / Gedenkjahr 2018:

Im Jahr 2018 wird die ÖH Uni Wien einen Themenschwerpunkt zu Erinnerungspolitik zum Gedenkjahr 1918 (Frauenwahlrecht) bis 1938 (Anschluss) (1968) setzen. Dazu soll eine Kampagne ausgearbeitet werden und Kooperationspartner\_innen gesucht werden. Thematisch betrifft dies beispielsweise: Faschisierung, Widerstandsbewegungen, Zwischenkriegszeit, Faschismus und Antisemitismus an der Uni Wien.

Eine Ringvorlesung zur Zwischenkriegszeit und die Rolle der Uni im Austrofaschismus und Nationalsozialismus wird organisiert. Kritische Veranstaltungen sollen gefördert und organisiert werden.

#### Antifaschistisch (Bleiburg, Europäisches Forum Linz):

Die ÖH Uni Wien wird das rechtsextreme Europäische Forum Linz sowie das Neo-Nazi, Faschist\_innen und Geschichtsrevisionsist\_innen-Treffen in Bleiburg thematisieren und skandalisieren, Bündnispolitik und Proteste unterstützen.

#### Unterstützung für Studierende aus Drittstaaten:

Studierende aus Drittstaaten sollen die Möglichkeit bekommen sich zu vernetzen. Dies soll am Anfang des Semesters durch ein Einführungs-Package und Vernetzungstreffen geschehen. Dazu soll politische Arbeit geleistet werden, um die Hürden für Drittstaatsstudis zu thematisieren und sie dabei zu unterstützen.

Außerdem soll ein Buddy-Projekt, auch spezifisch für Studierende mit Fluchterfahrung, organisiert werden, um Vernetzung und Hilfestellungen zu ermöglichen. Dabei soll auch die Uni, ihre Strukturen, die Behördenwege und die ÖH vorgestellt werden.

#### Elektronischer Studierendenausweis:

Im Zuge der Einführung des elektronischen Studierendenausweis sollen Veranstaltungen zu Datenschutz entstehen.

#### Wissenschaftliche Stammtische:

Studierende, vorrangig auch ohne akademischem Background, sollen die Möglichkeit bekommen sich mit Lehrenden, Mittelbau,... zu vernetzen. Die ÖH stellt dabei die Vernetzung zu STVn, Lehrenden und Studierenden her.

### Unique Relaunch:

Am Anfang des Semesters soll eine eigene Ausgabe für die Erstsemestrigen erscheinen, in der die ÖH und ihre Beratungsangebote, Projekte, Referate und politische Ausrichtung vorgestellt werden.

Die Aufmachung der unique soll verändert werden, um gleichzeitig eine Neustrukturierung, Neulayout und Namensänderung vorzustellen: Inhaltlich soll es eine Dreiteilung geben: 1. Uni- bzw. ÖH-politische Updates wie Veranstaltungen, etc.; 2. Politikteil mit tages- und gesellschaftspolitischen Themen sowie umfassenderen Analysen und Debatten, bei denen auch extern Expert\_innen angefragt werden sollen; 3. Kulturteil. Die erste Neuauflage der unique erscheint im Dezember, diese soll allen Studierenden vorgestellt werden.

Mit der Neugestaltung soll auch ein Ausbau des Online- & Social Media Auftritts einhergehen, wodurch Artikel zu tagespolitischen Themen veröffentlicht werden können, die bei langfristiger Planung der Ausgaben zu kurz kommen. Auf der Website soll es die Möglichkeit der Bannerschaltung geben, wenn es Geld bringt.

Der Schwerpunkt wird am Anfang des Semesters (am Interref) beschlossen, wodurch ausreichend Zeit für die Planung der Ausgaben bleibt. Der jeweilige Schwerpunkt soll früher beworben werden, auch um gezielt (externe) Expert\_innen zum Thema anfragen zu können. Die Sprache soll niederschwellig sein und vom 'Seminararbeit'-Schreibstil weg gehen.

Das Magazin erscheint mindestens zwei Mal pro Semester, auf Wunsch der Redaktion können zusätzliche Ausgaben erscheinen.

Es gibt keine explizite FLINT\*-Ausgabe, stattdessen wird dieses Format eine opt-in Möglichkeit. Bei einer FLINT\*-Ausgabe kann sich die Redaktion je nach eigenem Ermessen jedenfalls von cis-Männern unterstützen lassen.

Eine Redaktions-Agru soll Details zur Namensänderung, der Artikelbezahlung, und den Ausgaben entscheiden und einen Leitfaden für die einzelnen Bereiche (inhaltliche Zielsetzungen, Zielgruppe Leser\_innen) als Orientierung für Autor\*innen erstellen. Außerdem soll sie festlegen, wann die erste Ausgabe nach dem Relaunch erscheint.

Jede(r) Studierende soll eine Ausgabe pro Semester zugeschickt bekommen, dafür soll das bisherige System genau evaluiert und verbessert werden, da anscheinend oft nicht richtig versendet wurde. Pro Ausgabe sollen bei derzeit ca 90 000 Studierenden also ca 45 000 Exemplare verschickt werden. Zusätzlich soll die Erstsemestrigenausgabe an alle neuen Studierenden ausgeschickt werden.

## Anhang

### **Statement der ÖH Uni Wien zu aktuellem Antisemitismus**

Überall in Europa ist aktuell ein Anstieg antisemitischer Übergriffe zu verzeichnen: antisemitische Ausschreitungen gegen den Fußballverein Maccabi Haifa in Salzburg, Angriffe auf jüdische Geschäfte in Paris, antisemitische Parolen vor Synagogen in Deutschland oder ein verhindertes Attentat in Hessen sind nur wenige Beispiele dafür. Im Zuge einer ProGazaDemonstration in Essen kam es auch zu nationalsozialistischer Wiederbetätigung in Form von Parolen und eindeutigen Gesten. Damit wird ersichtlich, dass antisemitische Hetze wieder deutlicher in ganz Europa an der Tagesordnung steht und dass diese Demonstrationen in Österreich, Deutschland und Frankreich Handlungsspielräume für solche Übergriffe bieten. In Wien organisierte die UETD, die im Juni bereits Erdoğan nach Wien geholt hatte und als Ablegerin der AKP in Österreich gilt, ebenfalls eine Demonstration in Zuge derer es zu antisemitischen Parolen und antisemitischer Bildsprache kam. Bekundungen des „Bedauerns“ antisemitischer Vorkommnisse verbleiben allzu oft phrasenhaft und verlaufen im Sand, was Reaktionen auf den Übergriff in Bischofshofen zeigen.

Dass sich gerade die FPÖ als große Kritikerin des Antisemitismus in Österreich entdeckt, erscheint zunächst mehr als seltsam. Während in Graz auf Weisung des FPÖStadtrates Mario Eustacchio ein Abrissbescheid für Gedenktafeln für Opfer des Nationalsozialismus mit Billigung des ÖVP-Bürgermeisters Nagl durchgesetzt wird, echauffiert man sich über den Antisemitismus von Muslim\_innen. Im staatstragenden Aufarbeitungsmantra österreichischer Politiker\_innen und vieler Journalist\_innen distanziert man sich pflichtbewusst von Antisemitismus, um gleichzeitig aufzuzeigen, dass dies eigentlich kein „eigenes“, sondern ein vermeintlich „zugewandertes“ Problem sei. Die Rede von Antisemitismus als „Importprodukt“ dient dazu, über seine gesellschaftliche Grundlage nicht mehr sprechen zu müssen.

Die Österreichische Hochschüler\_innenschaft an der Uni Wien verurteilt Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus. Die Debatte zeigt deutlich, dass einer Kritik an diesen Tendenzen eine grundlegende Analyse gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse vorangehen muss.